Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 6 M. monatl. Einzelne Nrn. 30 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postscheckkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 2,50 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 5 M., unter Eingesandt 6 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 284 | Mittwoch, 7. Dezember | 1921

(N.) Über zweifelhafte Geschäfte mit Beständen der Reichsbekleidungsämter berichten jetzt auch Berliner Blätter. Wie das Wirtschaftsministerium mitteilt, hat es selbst schon vor einiger Zeit in Erfahrung gebracht, daß aus dem Dresdner Reichsbekleidungsamt Anzugstoffe in größeren Posten an die Ledergroßhandlung Sulzberger und das Olimportgeschäft Kolski, beide in Berlin, verkauft worden sind. Schon ehe sich die Tagespresse mit der Angelegenheit befaßte, hat das Sächsische Wirtschaftsministerium veranlaßt, daß das Dresdner Polizeipräsidium diese Stoffe im Dresdner Reichsbekleidungsamt wegen Verdachts des Wuchers und Kettenhandels beschlagnahmte. Es ist zu hoffen, daß durch das rasche Eingreifen der Dresdner Polizei die Stoffe dem inländischen Verbrauch ohne Verteuerung durch Kettenhandel erhalten werden können.

Die Steuerberatungen im Reichstag.

(Eigene Meldung.)

Die Arbeiten des Steuerausschusses im Reichstag, die mit großer Beschleunigung durchgeführt werden sollten, werden dadurch verzögert, daß täglich viele Schreiben von Verbänden, Konzernen und Privatpersonen einlaufen, die an die einzelnen Abgeordneten oder den Steuerausschuß direkt herantreten, um Abänderungen der neuen Steuervorlagen zu treffen. Die Prüfungen der Vorschläge nehmen derartig viel Zeit in Anspruch, daß keine Aussicht besteht, vor den Weihnachtsferien mit den Beratungen fertig zu werden.

Der preußische Etat.

Der Hauptausschuß des preußischen Landtags beriet gestern den Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung. Der Vertreter des erkrankten Ministers führte aus, daß die Einnahmen sich nach den letzten Ergebnissen um 1426,9 Mill. M. erhöhen, sodaß ein Fehlbetrag von 933,1 Mill. M. verbleibt, der im wesentlichen aus der geplanten Grundsteuer gedeckt werden soll. Die Verhältnisse seien derartig im Fluß, daß auch das neue Statsjahr 1922 wiederum mit einem erheblichen Fehlbetrag abschließen werde.

Selbstverwaltung in Deutsch-Südwest.

London, 6. Dezember. Die deutschen Vertreter des ehemaligen Deutsch-Südwestafrika haben in Pretoria bei General Smuts darauf gedrängt, Deutsch-Südwest nicht zu einer Provinz der Union zu machen, sondern ihm ein eigenes Vollzugskomitee und einen eigenen gesetzgebenden Rat zu geben, die der Aufsicht des Volksrates der Union unterstehen. General Smuts erklärte seine Sympathie zu den Forderungen der Deutschen nach einem vollen Bürgerrecht.

General Smuts hat ebenfalls seine Zustimmung zu einem Vorschlage über die Erhaltung der deutschen Schule gegeben. Der Hafen von Walfischbay und die Eisenbahnen nach Gobabis sollen in Angriff genommen werden. Die Regierung plant, die Walfischbay an Deutsch-Südwest zu übertragen und ihm Uferrechte am Oranjefluß zu geben.

Amerikanische Hilfe für Einwanderer.

Paris, 6. Dezember. Der „New York Herald" berichtet aus Washington: Präsident Harding wird den Kongreß um die Bewilligung von Subventionen für die Handelsmarine ersuchen, damit die Hälfte aller nach Amerika reisenden Einwanderer auf amerikanischen Schiffen nach den Vereinigten Staaten von Amerika befördert werden kann. Der Plan würde auch die Möglichkeit schaffen, mit größerer Sicherheit die Zahl der Einwanderer auf die jeder einzelnen Nationalität zugestandenen Quote zu beschränken, und so den bekannten Mißständen infolge Überschreitung der Quote abzuhelfen.

Der zweite Nachtragsetat der Reichseisenbahnen.

Das Reichsverkehrsministerium hat soeben den zweiten Nachtrag zum Haushalt 1921 der Verwaltung der Reichseisenbahnen bekanntgegeben. Zum ordentlichen Haushalt ist das Folgende mitzuteilen: Zur Deckung der in diesem Nachtrag geforderten Mehrausgaben sind auf der Einnahmeseite vorgesehen neben den bisher angesetzten 5300 Mill. M. weitere 800 Mill. Mehreinnahme, die aus der Erhöhung der Tarife erwartet werden. Veranschlagt ist zunächst eine Tariferhöhung um 30 Proz., die für den Personen-, Gepäck- und Expreßgutverkehr am 1. Dezember, für den Güterverkehr am 1. November eingetreten ist. Ferner ist in Aussicht genommen eine 50proz. Erhöhung, die für die erste Gruppe am 1. Februar 1922 eintritt, für den Güterverkehr am 1. Dezember d. J. eingetreten ist. Die gesamten Betriebseinnahmen stehen nunmehr mit 33 000 Mill. im Etat. Ferner ist auf der Einnahmeseite verbucht der Reichszuschuß zur Deckung des Defizits im ordentlichen Etat in Höhe von insgesamt 10835013900 M., der durch den vorliegenden Nachtrag von 6472184900 um 4362829000 M. erhöht wurde. Dieser vermehrte Zuschuß ist nötig, um die persönlichen und sächlichen Mehrausgaben in Höhe von 10562829000 M., die am 1. August 1921 eingetreten sind, und die durch gleichzeitige Tariferhöhungen nicht gedeckt werden konnten, zu bestreiten. Die durch den zweiten Nachtrag geforderten Deckungsmittel für die Mehrausgaben setzten sich wie folgt zusammen: Teuerungszuschläge für Beamte und nichtbeamtete Hilfskräfte der Hauptverwaltung 2590000 M. (bisher 15197000 M., zusammen also 17787000 M.), Teuerungszuschläge für planmäßige Beamte der Betriebsverwaltung 821455000 M. (bisher 2775574000 M., zusammen 3597029000 M.), andere persönliche Ausgaben der Betriebsverwaltung 612284000 M. (bisher 5129182000 M., zusammen 5741466000 Mark); Unterhaltung und Ergänzung der Ausstattungsgegenstände sowie Beschaffung der Betriebsstoffe 1556500000 M. (bisher 5433800000 Mark, zusammen 6990300000 M.); Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der baulichen Anlagen 215 Mill. M. (bisher 4098410000 M., zusammen 4313410000 M.), einschl. der Fahreinrichtungen (bisher 8166320000 M., zusammen 8167820000 M.); verschiedene Ausgaben 70 Mill. M., (bisher 517430000 M., zusammen 587430000 M.), deren Mehrertrag auf die durch die Valutaverschlechterung erhöhten Auslandszulagen des im Auslande stationierten Personals zurückzuführen ist. Ferner erhöht sich der Schuldendienst um 55 Mill. M. (bisher 2360 Mill. M., zusammen 2415 Mill. M.), und schließlich Besoldungen und Dienstaufwandsgelder sowie sachliche Ausgaben (Pauschalbetrag) um 5730 Mill. M. (neues Kapitel). Durch diese Mehrausgaben im ordentlichen Etat erhöht sich der Gesamtfehlbetrag um 4362829000 M. auf 10835013900 M. gegen 14399483600 M. Fehlbetrag im Haushalt 1920.

Im außerordentlichen Haushalt ergibt sich folgendes Bild: Durch den Übergang der Staatseisenbahnen auf das Reich sind insgesamt 16900 Mill. M. bereitzustellen, um auf Grund des Staatsvertrags den Ländern die Einlösung dieser schwebenden Schulden zu ermöglichen. Durch Reichsgesetz vom 4. Juni 1920 ist zu diesem Zwecke bereits ein Kredit von 14000 Mill. eröffnet worden: es bleibt daher noch ein Kredit von 2900 Mill. zu bewilligen. Der bisher bewilligte Reichszuschuß zur Deckung der Mehrausgaben im außerordentlichen Etat in Höhe von 7896 Mill. erhöht sich daher um 16900 Mill. auf 24796 Mill. M. Da der Zuschuß im ordentlichen Haushalt, wie gesagt, 10835013900 M. beträgt, so ergibt sich nunmehr ein gesamter Zuschußbedarf der Reichseisenbahnverwaltung von 35631013900 M. gegen 16387959600 Mark nach dem Haushalt 1920.

Wir hatten beim ordentlichen Etat eine Mehrausgabe von 1556500000 M. für Betriebsstoffe usw. erwähnt. Diese Summe setzt sich wie folgt zusammen. Es werden mehr gefordert: 64320000 M. für Dienstkleidung und andere Ausstattungsgegenstände (bisher 255,39 Mill.), 30 Mill. für Drucksachen, Schreib- und Zeichenware (bisher 98,79 Mill.), 1243,4 Mill. für Steinkohlen, Preßkohlen und Koks zur Lokomotivfeuerung (bisher 3896,59 Mill.), 109,4 Mill. für Steinkohlen, Braunkohlen, für andere Zwecke (bisher 430,6 Mill.), 23,44 Mill. für sonstige Betriebsstoffe (bisher 535,57 Mill.) und endlich 85,94 Mill. für Bezug von Wasser, Gas, Elektrizität aus fremden Werken (bisher 214,86 Mill.). Für Kohlen ist infolge der seit der ursprünglichen Veranlagung eingetretenen Preiserhöhungen mit einem Durchschnittspreis von 345,20 M. für die Tonne (gegen ursprünglich 263 M.) zu rechnen.

Gegen die deutsche Mitwirkung beim französischen Wiederaufbau.

Einer der stärksten Einwände Frankreichs gegen jedwede Abänderung des Londoner Zahlungsplanes ist noch immer die Behauptung, daß, während man in Deutschland bereits daran denken könne, Wiederaufrichtung zu treiben, Frankreichs vom Krieg verwüstete Provinzen noch in Schutt und Trümmer lägen. Was von diesem Einwand zu halten ist, beweist die Tatsache, daß in Frankreich eine neue Generaloffensive gegen das Wiesbadener Abkommen auf der ganzen Front einsetzt. Von der Haltung des französischen Wiederaufbauministeriums gegen die Beteiligung deutscher Arbeitskräfte an den Wiederaufbauarbeiten haben wir zu berichten erst jüngst wiederholt Gelegenheit gehabt. Jetzt ist es die französische Industrie, die gegen die deutschen Sachlieferungen zu Felde zieht. Und das geschieht keineswegs mit ehrlichen Waffen, im Gegenteil: Die Beschlüsse, die der Zentralrat der französischen Industrie gefaßt hat, betonen ausdrücklich, daß vor dem allgemeinen Interesse die Privatinteressen der Einzelnen zurückzutreten hätten, und daß die französische Industrie deshalb im Prinzipe die Wiesbadener Abmachungen billige. Sie fordert nur, „daß Maßnahmen getroffen werden zum Schutze von Gewerbezweigen, die für das wirtschaftliche Wohlergehen Frankreichs unentbehrlich seien". Eine dieser Maßnahmen soll darin bestehen, daß alle nach Deutschland gehenden Bestellungen der Kontrolle eines von der französischen Industrie zu schaffenden Organs unterworfen werden sollen. Ferner wird verlangt, daß die Vertreter der interessierten französischen Industrien bei der Festsetzung der Preise sowohl für Massenartikel wie für Spezallieferungen mitwirken sollen, und endlich lenkt der Zentralrat der französischen Industrie die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Frage der Zollbehandlung der deutschen Lieferungen. Er ist der Ansicht, daß zum mindesten die gegenwärtig in Kraft befindlichen Tarife angewendet werden müßten, die an und für sich schon viel zu niedrig seien, um die französische Industrie gegen die deutsche Konkurrenz zu schützen. Ähnliche Forderungen hat zuvor die Vereinigung der mechanischen und elektrischen Industrie Frankreichs aufgestellt; auch sie verlangt die Schaffung eines besonderen Organs, in dem alle Bestellungen aus den zerstörten Gebieten zusammenlaufen sollen und das von sich aus die Verteilung der Aufträge auf die heimische beziehentlich die ausländische Industrie vornehmen soll. Die Pläne einer aktiven deutschen Mitarbeit beim Wiederaufbau der zerstörten Departements finden also von dieser Seite nicht nur keinerlei Unterstützung, sondern sie werden sogar systematisch durchkreuzt. Als der französische Wiederaufbauminister Loucheur in der vorigen Woche den Vertretern der Gemeinden des Sektors von Chaulnes, die zuerst unter Teilnahme deutscher Architekten und Arbeiter aufgebaut werden sollen, erklärte, er könne die von der C. G. T. veranstaltete Abstimmung, die eine Mehrheit von rund 90 Proz. für die Heranziehung deutscher Arbeitskräfte ergeben hatte, nicht anerkennen, hat dies zu der Befürchtung Anlaß gegeben, daß man wohl erst die Ergebnisse der dem Projekt feindlichen Propaganda abwarten wolle. Diese Vermutung erfährt nunmehr eine Bestätigung durch eine aus dem französischen Wiederaufbauministerium stammende Information, daß die übergroße Mehrheit der Bewohner des Gebietes von Chaulnes nach der „aufklärenden Tätigkeit des Präfekten des Somme-Departements" von einem Aufbau ihrer Ge-

(Fortsetzung Seite 2.)

Die genossenschaftliche Gemeinwirtschaft.

Von Dr. H. Krepschmar-Hellerau.

II.

Zur Stärkung der eigenen Betriebskapitalien der Genossenschaften sollen die Geschäftsanteile genügend hoch festgesetzt und deren Einführung zur Pflicht gemacht werden. Die bisherige Rückzahlbarkeit der Geschäftsanteile ist zu beseitigen und gesetzlich durch Übertragbarkeit zu ersetzen.

Trotz seiner schlechten finanziellen Lage werde der moderne Staat schon in der Zwischenzeit mit Rücksicht auf ihre Wichtigkeit für das Ernährungswesen die landwirtschaftlichen Organisationen in höherem Maße mit Subventionen unterstützen müssen, und zwar aus zweifachen Gründen: einmal würden zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung große Betriebsmittel notwendig sein, sodaß sich der gegenwärtige Kapitalüberfluß der Genossenschaften bald in einen Kapitalhunger umwandeln werde und dann deshalb, „weil den Genossenschaftlichen Institutionen weitere Aufgaben für die Ernährungswirtschaft übertragen werden müssen, die ohne hinreichende Geldmittel jedenfalls nicht zu bewältigen sind." Diese geldliche Unterstützung soll direkt erfolgen in der bisher schon üblich gewesenen Form der Überlassung staatlichen Geldes zu einem mäßigen Zinsfuß, ferner durch Zuschüsse zur Aufklärung über das Genossenschaftswesen und zur Begründung von Einrichtungen. Indirekt könne geholfen werden durch Übernahme einer staatlichen Garantie für von den Genossenschaften oder deren Zentralen auszugebende Obligationen, ferner dadurch, daß die öffentlichen Sparkassen (auch die städtischen) unter Bürgschaft des gesamten Staates veranlaßt würden, einen Teil ihrer verfügbaren Mittel für landwirtschaftlich-genossenschaftliche Zwecke zur Verfügung zu stellen.

Schembor stimmt den Ausführungen der beiden hervorragenden Vertreter des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, Landesökonomierat Johannsen-Hannover und Landesökonomierat Dr. Raabe-Halle, in dem Werke „Arbeitsziele der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege" uneingeschränkt zu und benutzt deren Ausführungen als Ausgangspunkte zur Aufstellung des vorstehend kurz skizzierten und, wie man sich zu ihm auch stellen mag, einer gewissen Großzügigkeit nicht entbehrenden Programms.

Die Weite der Zukunftspläne ergibt sich aus dem sodann entwickelten Plane, die Einkaufsbestrebungen der landwirtschaftlichen Genossenschaften weiter zu konzentrieren zur Bildung von Großhandelsgesellschaften, die den Import auf genossenschaftlicher Grundlage aufbauen und zur Errichtung oder Übernahme von industriellen Unternehmungen für die Herstellung von landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln, von Maschinen und Geräten und Kunstdünger schreiten. Es würde sich also hier um eine großzügige Eigenproduktion über die lokalen Bedürfnisse hinaus handeln."

Um die Bahn z. B. auf dem Gebiete der Düngerherstellung freizumachen, verlangt Schembor, „daß die Zentralen der landwirtschaftlichen Genossenschaften gemäß der Reichsverfassung das Recht erhalten, in Betracht kommende Betriebe für diese Form der Gemeinwirtschaft vom Privatkapital abzulösen".

Auch für den Export landwirtschaftlicher Produkte, glaubt Schembor, werde sich ein Weg finden lassen, und zwar hinsichtlich hochwertiger Qualitätsware etwa von Saaten- und Viehhochzuchtprodukten. Es wird dann noch kurz auf genossenschaftliche Transportgenossenschaften und den Ausbau der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften zu Realkreditinstituten zur Gewährung unkündbarer Tilgungshypotheken hingewiesen. Breitere Ausführungen sind der in Zukunft etwa notwendig werdenden Einwirkung in die bäuerliche Einzelwirtschaft im Interesse der gesamten Volksexistenz gewidmet.

Wiederum unter Berufung auf Ausführungen von hervorragenden Fachmännern, wie Edler v. Braun in „Arbeitsziele der deutschen Landwirtschaft" werden Maßnahmen gegen die häufig noch anzutreffende Rückständigkeit in der Betriebsführung vieler Landwirte verlangt durch Unterstellung der Betriebe unter eine Kontrolle hinsichtlich der Saatgutwahl und -Vorbereitung, der Schädlingsbekämpfung, des Maßes der anzuwen-

SLUB
Wir führen Wissen.